

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1984
— Drucksachen 10/280, 10/534, 10/658 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Personaltitel bei den Bundesministerien und obersten Bundesbehörden entsprechend der natürlichen Abgangsraten um 2,5 v.H. zu kürzen: jede in 1984 aus Altersgründen freiwerdende Stelle fällt weg. Ausgenommen von dieser Kürzung sind die Bereiche des Deutschen Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesanstalt für Arbeit, des Umweltbundesamtes und Leerstellen;
2. alle Stellenzulagen, jährlichen Sonderzuwendungen und Beihilfen im Bereich der Besoldungsgruppen B, C und R zu streichen;
3. die Ministerialzulage schrittweise abzubauen. Im Bereich unterer Einkommens- und Besoldungsgruppen sind Ausgleiche zu schaffen;
4. Dienstalterszulagen schrittweise abzubauen
 - durch Verlängerung der Zeitspannen, nach denen diese Zulage gewährt wird, und zwar von zwei auf vier Jahre für die Besoldungsgruppen unter A 12 und von zwei auf sechs Jahre für die Besoldungsgruppen oberhalb A 12,
 - durch Verringerung der Dienstaltersstufen.

Bonn, den 6. Dezember 1983

Kleinert (Marburg)
Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

Begründung

Im Bereich der Ministerien und obersten Bundesbehörden herrscht ein erhebliches Maß an allgemeiner Überbürokratisierung. Diese Tendenzen werden auch vom Bundesrechnungshof kritisiert. Der Abbau der Sonderzuwendungen für Beamte stellt bei ihrer allgemeinen arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Überprivilegierung einen geeigneten und vertretbaren Beitrag zum Sparen bei den öffentlichen Ausgaben dar. Die Besoldungsgruppen aus dem einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst sind hier aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit ausdrücklich ausgenommen.